



Unterricht 2020: Nichts ist mehr so wie früher, und zu allem Übel müssen die Schulen auch noch auf tausende Lehrer verzichten.

Foto: dpa

6355 Lehrer haben ein „Corona-Attest“

Bei vollen Bezügen vom Präsenzunterricht befreit – Quote geht zurück

■ Von Christian Althoff

Düsseldorf (WB). Die Zahl der Lehrkräfte, die sich in Nordrhein-Westfalen aus Angst vor dem Corona-Virus vom Präsenzunterricht befreien lassen, geht zurück.

In der vergangenen Woche blieben in NRW 6355 Lehrer (3,1 Prozent) zu Hause, weil sie nach Einschätzung ihres Arztes im Falle einer Infektion einen schweren Verlauf fürchten müssen. Eine Woche zuvor waren es noch 9225 (4,5 Prozent) gewesen. Zu Spitzenzeiten im Frühjahr, als es in NRW noch keine Attestpflicht gab, sollen bis zu 20 Prozent zu Hause geblieben sein – bei vollen Bezügen.

Maïke Finnern, die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Dass die Zahlen zurückgehen, ist eine gute Entwicklung. Sie zeigt, wie sehr Lehrkräfte daran interessiert sind, Schüler in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen.“ Auch NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) nannte den Rückgang „erfreulich“ und sagte: „Die gestiegene Personalversorgung wird dazu führen, dass die Schulen auch in Corona-Zeiten für beste Bildung sorgen können.“

Vielleicht ist aber auch nicht jede Rückkehr an die Schule frei-

lig. Vereinzelt ist nämlich zu hören, dass es Fälle geben soll, in denen selbst Lehrer mit schweren Vorerkrankungen in ihrem Kollegium unter Druck gesetzt wurden, endlich wieder zu unterrichten. Seit Ende Mai können sich Lehrkräfte in NRW nur noch vom Präsenzunterricht befreien lassen, wenn sie ein ärztliches Attest vorlegen. Aus dem muss hervorgehen, dass bei ihnen im Fall einer Corona-Infektion „die Gefahr eines schweren Verlaufs“ besteht. Dabei sind die Kriterien des Robert-Koch-Instituts (RKI) zugrundezulegen.

Das RKI nennt als Risikofaktoren zum Beispiel ein Alter ab 50-60, Diabetes, Krankheiten an Leber, Niere und Herz, Krebs, eine regelmäßige Cortison-Einnahme (sie senkt die Immunabwehr), Kreislaufkrankheiten, aber auch Übergewicht und Rauchen. Inzwischen hat das RKI klargestellt, dass das bloße Vorliegen eines der Faktoren zur Risiko-Einschätzung nicht reicht, sondern es einer „individuellen Risikobewertung im Sinne einer (arbeits-) medizinischen Begutachtung“ bedarf.

Was die Haupt-Diagnosen in den tausenden Attesten der Lehrer sind – dazu möchte sich das Schulministerium nicht äußern.

Es begründet das mit dem Schutz „sensibelster Gesundheitsdaten“.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden in NRW alle Atteste akzeptiert, eine Überprüfung durch Amtsärzte erfolgt in der Regel nicht. Alexander Spelsberg, Sprecher der Gewerkschaft Verband Bildung und Erziehung (VBE) in NRW: „Wir kennen keinen Fall, in dem ein Lehrer seinen Wunsch, keinen Präsenzunter-

„Lehrkräfte sind sehr daran interessiert, Schüler in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen.“

Maike Finnern, Gewerkschaft GEW

richt abhalten zu müssen, juristisch durchsetzen musste.“

Das sieht in anderen Bundesländern anders aus. So musste etwa die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien (CDU) massive Kritik der Lehrergewerkschaft GEW aushalten. In dem nördlichsten Bundesland mit seinen etwa 25.000 Lehrern hatten bis Mitte Juni 1609 Lehrkräfte ein haus- oder fachärztliches Attest vorgelegt, um nicht vor Klassen unterrichten zu müssen. Die

Atteste wurden einer Amtsärztin vorgelegt. 780 Atteste hatte sie bis Mitte Juni kontrolliert und nur in 32 Fällen der Unterrichtsbeurlaubung zugestimmt. Die Ministerin sagte dazu der „Welt am Sonntag“: „An einer Zivilisationskrankheit wie Übergewicht oder Asthma zu leiden begründet abstrakt noch kein besonderes Schutzbedürfnis. Übrigens ja auch nicht bei Verkäufern im Supermarkt.“

Nach massiver Kritik durch Gewerkschaften sieht die Quote in Schleswig-Holstein inzwischen anders aus: Bis Dienstag waren nach Ministeriumsangaben 2000 Atteste überprüft, 1900 wurden akzeptiert.

NRW hat sich gegen eine Überprüfung der Lehrer-Atteste entschieden – um den überlasteten Gesundheitsämtern nicht noch mehr Arbeit aufzuhalsen, wie es aus dem Schulministerium in Düsseldorf heißt.

In Kiel wurde Yvonne Gebauers Amtskollegin Karin Prien von der GEW hart angegriffen. Das Vorgehen ihrer Amtsärztin sei „jenseits von Gut und Böse“, die Ministerin müsse dem „skandalösen Vorgehen“ Einhalt gebieten, das „rude Vorgehen“ der Amtsärztin gefährde die Gesundheit „vieler Kolleginnen und Kollegen“. Allerdings:

Das Verwaltungsgericht Schleswig hat jüngst acht Klagen von Lehrern gegen die Ablehnung ihres Attestes abgewiesen, eine weitere Klage wurde zurückgenommen.

Dass Schulen in NRW Corona-Herde sein könnten – dafür sprechen die veröffentlichten Zahlen aktuell nicht. Laut Schulministerium waren am 19. August landesweit 30 corona-infizierte Lehrer bekannt – (etwa 0,014 Prozent von 205.000 Lehrkräften). Zum selben Stichtag waren 306 Schülerinnen und Schüler positiv getestet (etwa 0,012 Prozent der knapp 2,5 Millionen Schüler). Schaut man sich die gesamte Gesellschaft an, lag die bundesweite Quote der bekannten Infizierten am Stichtag mit 0,016 Prozent sogar noch leicht über den Schulwerten.

Eine Freistellungsregelung wie für Lehrer ist aus anderen Branchen übrigens so nicht bekannt. Hermann Janßen, bei der Gewerkschaft Verdi in Ostwestfalen-Lippe für den Handel zuständig: „Die Ängste sind aber die gleichen. Wir haben am Anfang der Corona-Krise in zwei Wochen 900 telefonische Beratungen gemacht. In manchen Fällen konnten wir erreichen, dass gefährdete Kassierinnen vorübergehend andere Arbeiten machen konnten.“

Stadt löst Rätsel um Ölfilm

Warburg (WB/vah). Seit Wochen tauchte auf der Diemel bei Warburg immer wieder ein übel riechender Ölfilm auf. Jetzt haben die Behörden wohl die Ursache gefunden: eine defekte Ölheizung in einem Gebäude am Bahnhof. Von dort aus soll das Öl bei Regen durch ein altes Abflussrohr quer unter der Stadt hindurch ins Gewässer gelangt sein. Die Feuerwehr hatte den Schadstoff mehrfach aufgefangen und abgepumpt.

Steinheim ohne Intensivstation?

Steinheim (WB/dp). In den Krankenhäusern der Katholischen Hospitalvereinigung Weser-Egge (KHWE) im Kreis Höxter stehen laut Geschäftsführung Veränderungen an, die im September vorgestellt werden sollen. Die Intensivstation am Standort Steinheim könnte demnach geschlossen werden. Eine Umstrukturierung sei in erster Linie auf politische Vorgaben des Bundes zurückzuführen.

AfD-„Kandidaten“ beschwerten sich

Espelkamp (WB/fq). Gleich mehrere angebliche AfD-Wahlkreis-kandidaten in Espelkamp (Kreis Minden-Lübbecke) haben offensichtlich von ihrer Nominierung für die Kommunalwahl am 13. September nichts gewusst. Bei der Stadtverwaltung seien mehrere Beschwerden eingegangen, bestätigte Wahlleiter Matthias Tegeler. Ähnliche Vorgänge haben sich in anderen Kommunen Ostwestfalen-Lippes abgespielt.

Mehr Züge für die Landesgartenschau

Höxter (WB/dp). Der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe verhandelt mit dem Land NRW über die Finanzierung von Zusatzmaßnahmen für die Landesgartenschau 2023 in Höxter. Züge sollen die Stadt häufiger anfahren. Außerdem wird geprüft, ob eine Haltestelle am Weltkulturerbe Corvey reaktiviert werden kann. Kosten insgesamt: vier Millionen Euro.

Polizei geht in Berufung

Bielefeld (WB/ca). Das Polizeipräsidium Bielefeld nimmt das Urteil nicht hin, mit dem das Verwaltungsgericht Minden einem KSK-Soldaten einen Waffenschein zugesprochen hat, damit er sich und seine Familie vor möglichen Attentaten schützen kann. Die Behörde will nun zum Oberverwaltungsgericht nach Münster gehen. Dr. Christoph Franke, der Anwalt des Soldaten, geht davon aus, dass es bei der Erlaubnis bleibt.

Studie: zu wenig Personal in Kitas

Bertelsmann-Stiftung hält Betreuung der meisten Kinder für unzureichend

Gütersloh (epd/dpa/WB/kol). Mehr als drei Viertel der Kinder in den Krippen und Kindertagesstätten Nordrhein-Westfalens werden laut einer Studie in zu großen Gruppen und mit zu wenig Erzieherinnen oder Erziehern betreut. Zum 1. März 2019 sei der Personalschlüssel für rund 322.200 Kinder (78 Prozent) in den regulären Kitas nicht kindgerecht gewesen, wie der „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2020“ der Bertelsmann-Stiftung ergab.

Demnach kam rein rechnerisch eine pädagogische Fachkraft auf 3,7 ganztags betreute Krippen- oder 8,6 Kindergartenkinder. Laut wissenschaftlichen Empfehlungen sollte sie aber für höchstens drei Kleinkinder oder 7,5 Kinder über drei Jahren zuständig sein. Auch die Gruppengröße, die im

U3-Bereich nicht mehr als zwölf Kinder und bei den Älteren nicht mehr als 18 umfassen sollte, sei in NRW oft nicht kindgerecht, hieß es. 70 Prozent der amtlich erfassten Kita-Gruppen lägen darüber.

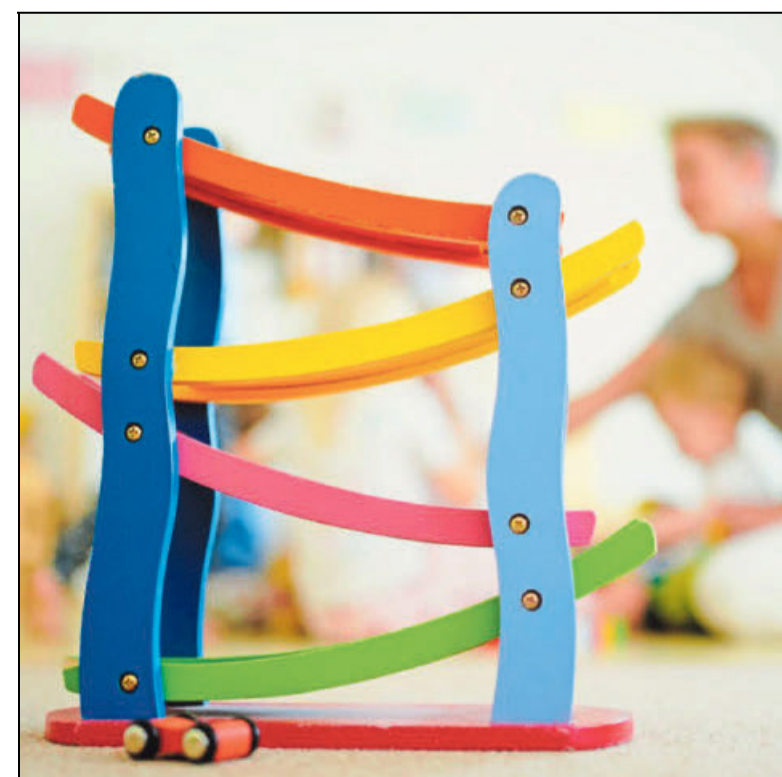
Beim Personalschlüssel liegt NRW zwar insgesamt über dem bundesweiten Durchschnitt von 1 zu 4,2 bei Krippenkindern und 1 zu 8,8 bei Kindergartenkindern. Doch zeigt die Studie, dass im bevölkerungsreichsten Bundesland die Betreuungsqualität noch stark vom Wohnort abhängt: So muss eine Fachkraft in Duisburg (je 1 zu 10) rein rechnerisch drei Kindergartenkinder mehr betreuen als im Landkreis Euskirchen (1 zu 7). Im Krippenbereich besteht demnach ein nicht ganz so großes Gefälle. Während in Duisburg eine Fachkraft für 4,5 Kleinkinder zu-

ständig ist, sind es in den Landkreisen Kleve und Märkischer Kreis sowie in Mönchengladbach, Herne und Bonn nur 3,2. In Ostwestfalen-Lippe hat Bielefeld (3,4) den besten Betreuungsschlüssel bei den Krippenkindern, gefolgt vom Kreis Höxter (3,7), den Kreisen Gütersloh, Herford und Lippe (3,8). Schlusslichter sind die Kreise Minden-Lübbecke und Paderborn (4,1). Bei den älteren Kita-Kindern liegt der Kreis Höxter (7,8) vor Bielefeld und dem Kreis Paderborn (je 7,9), gefolgt von den Kreisen Gütersloh, Lippe (je 8,4), Minden-Lübbecke (8,5) und Herford (8,7).

Von den 119.300 pädagogisch arbeitenden Fachkräften in den NRW-Kindertagesstätten sind laut Studie 74 Prozent als Erzieherin und Erzieher ausgebildet. Damit liege NRW über dem Durchschnitt

der westdeutschen Bundesländer (66 Prozent), aber unter dem der ostdeutschen (82 Prozent). Grundlage sind Auswertungen von Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Angesichts der Studienergebnisse forderte NRW-Familienminister Joachim Stamp (FDP) seine Amtskollegin im Bund auf, bei zusätzlichen Kita-Mitteln Wort zu halten. Der Bund müsse „seine ständigen Ankündigungen, die Mittel des Gute-Kita-Gesetzes zu verstetigen, endlich in die Tat umsetzen“, sagte Stamp. „Frau Giffey hat dies in den Telefonschaltungen mit den Ländern mehrfach versprochen. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit von Frau Giffey, dass dies im Kabinett beschlossen wird. Andernfalls hätte uns Frau Giffey getäuscht“, sagte Stamp.



Eine Kugelrollbahn steht in einer Kita: 322.000 Jungen und Mädchen werden in NRW-Kindergärten betreut. Foto: dpa